

## **009. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 11.03.2015**

Rede von MdL Juliane Nagel während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Gemeinsam beim Thema Asyl – Ergebnisse des Lenkungsausschusses werden konsequent umgesetzt“

### **– Auszug Stenoprotokoll / Es gilt das gesprochene Wort! –**

Sehr geehrter Herr Präsident!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ein bisschen verwunderlich, wie hier zum Teil geredet wird, als wenn es die letzten Wochen nicht gegeben hätte.

Ich möchte noch einmal zurückspringen auf das Dezember-Plenum. Damals habe ich in meiner ersten Rede einen Antrag der Linksfraktion eingebracht, der lautete: "Nicht nur lenken, sondern schnell handeln - für ein ganzheitliches Handlungs- und Kommunikationskonzept für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Sachsen". Wenn Sie den Antrag damals angenommen hätten, dann hätte das Chaos der letzten Wochen möglicherweise verhindert werden können, ein Chaos, welches Resultat einer nicht besonders vorausschauenden Politik war.

Im Antrag hatten wir unter anderem die Forderung des Landkreistages aufgenommen, eine interministerielle Stabsstelle zu schaffen, die die Prozesse zwischen kommunaler Ebene und Landesebene bündelt. Sie haben das damals abgelehnt mit Verweis auf den Lenkungsausschuss - und siehe da: Nach drei Monaten wird diese Stabsstelle eingerichtet. Das ist doch schon ein wenig verwunderlich.

Auch über die hier bereits angesprochenen Maßnahmen haben wir im Dezember gesprochen und gefordert, dass diese vom Landtag verbindlich beschlossen werden. Sie haben das abgelehnt und reflexartig darauf verwiesen, dass alles im Griff sei. Ich möchte dazu sagen, dass Sie der Opposition doch auch einmal vertrauen können,

(Jörg Kieseewetter, CDU: Auf gar keinen Fall!)

und Dinge, die wir vorschlagen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken, auch einmal annehmen können. Das zeigt das, was in den letzten Wochen passiert ist.

Den versprochene Lenkungsausschuss Asyl haben wir - weil die Politik außen vor geblieben war und auch weiterhin ist - als Luftnummer kritisiert. Man kann sich vielleicht darauf einlassen, dass es dieses Gremium jetzt gibt. Allerdings ist es doch verwunderlich, dass, wenn wir einen Berichts-antrag einbringen, der auf die Erfolgsbilanz dieses Lenkungsausschusses abstellt, Und wir dazu eine Berichterstattung haben wollen, sich von Ihnen, Herr Ulbig, lapidar auf nackte Gesetzlichkeiten zurückgezogen wird.

Ich spreche konkret über die Erstaufnahmenproblematik. Die Erstaufnahme sei keine Sache der

Kommunen, sondern eine Angelegenheit der Landesdirektion. Ich zitiere: "Gebäude und Grundstücke zur Nutzung" seien von ihnen „zur Verfügung zu stellen oder zu benennen und die Einrichtung von Notquartieren zu dulden." – Ja, so steht es im Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz. Allerdings kann es doch nicht sein, dass Sie damit die Nicht-Information und Nicht-Kommunikation von der Landes- auf die kommunale Ebene in Bezug auf die Interimsstandorte der Erstaufnahme verteidigen.

So kommen wir nicht zu einer verantwortungsvollen Kommunikation, zu einem verantwortungsvollen Umgang auf Augenhöhe, wie es im Nachgang zum Asylgipfel im November vollmündig verkündet wurde.

Ich möchte einen kurzen Blick auf die derzeitige Situation werfen. Menschen werden - das zieht sich bis heute fort, Tharandt ist ein neuer Ort - von heute auf morgen in Turnhallen oder in leer stehenden Verwaltungs- oder sonstigen Gebäuden untergebracht, werden hin und her durchs Land gefahren. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen - darüber wurde hier fast noch gar nicht gesprochen - haben zu befürchten, dass sie wieder über Nacht informiert werden, dass ein Kontingent von Erstaufnahmeflüchtlingsen ankommt und sie vor Ort Kunststücke vollbringen müssen, um mit den Bürgern diese Situation zu lösen und Unmut abzuwenden.

Unerträglich ist die Situation - danke, Herr Mackenroth, dass Sie das angesprochen haben - vor allem aber für die Menschen, die es ganz unmittelbar betrifft. Wir sprechen ja bloß sozusagen über die Prozesse.

Das Bild von 220 Flüchtlingen, die in Schneeberg in einer Turnhalle ohne jegliche Privatsphäre und ohne menschenwürdige hygienische Zustände eingepfercht waren, sage ich einmal, dürfte uns allen noch vor Augen sein. Auch das Beispiel Kamenz, wo Geflüchtete mit einem Bus ankamen und von einer Masse von Menschen empfangen wurden - unter ihnen auch welche mit rassistischen Einstellungen, aber auch Menschen, die verunsichert waren, denen sozusagen ihre Turnhalle weggenommen wurde -; kennen Sie sicherlich. Das sind Situationen, die wir nicht wollen. Genau diese Stimmung befördern Sie mit Ihrem Nicht-Handeln. Diesbezüglich wende ich mich konkret an den Innenminister.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen, die ein wenig aus dem Fokus gerät, die aber eine konkrete Konsequenz dieses Erstaufnahmechaos ist. Bereits vor der aktuellen Situation sind Flüchtlinge in Größenordnungen aus der Erstaufnahme den Kommunen zugewiesen wurden, ohne dass sie vom BAMF registriert wurden und ohne dass sie die Anhörung vollziehen konnten, die ausschlaggebend für ihr Asylverfahren ist. Die Menschen warten teilweise monatelang.

Herr Kiesewetter, ich habe ein Beispiel aus Ihrem Landkreis Nordsachsen. In Delitzsch –

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ihre Redezeit geht zu Ende!

Juliane Nagel, DIE LINKE: Ich führe das noch zu Ende. – In Delitzsch habe ich einen jungen Augenarzt aus Syrien getroffen, der bereits im Oktober einen Tag vor der Anhörung nach Delitzsch zugewiesen wurde und jetzt sozusagen wartet, dass ein Zeichen kommt. Das ist eine schwierige Situation. Die Menschen sind benachteiligt bei den Anwartszeiten auf Residenzpflichtaufhebung, auf Zu-

gang zum Arbeitsmarkt.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Kollegin!

Juliane Nagel, DIE LINKE: Und so weiter und so fort. Das Nicht-Handeln befördert auch die Situation der Unsicherheit und der Benachteiligung von Menschen.

Danke.

(Beifall bei den LINKEN - Frank Kupfer, CDU: So etwas Respektloses!)